

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich:
in Neuenbürg M 2.25.
Durch die Post im Orts-
und Oberamts-Verkehr
M 2.25, im sonstigen
inländ. Verkehr M 2.35
und 30 Pf. Postbestellgeld.

Verkaufsstellen sind alle Post-
stellen und in Neuenbürg die
Anzeigen-Verkaufsstellen.
Kassant Nr. 24 bei der
D. V. Sparkasse Neuenbürg.
Verantwortlicher:
Kapitän Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einspalt. Zeile 15 Pf.
bei Auskunftsverteilung
durch d. Geschäftsst. 30 Pf.
Zweite Zeile 40 Pf.
Bei öfterer Aufnahme
entsprechender Nachlag,
der im Falle des Nach-
verfalls hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen-
Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für den Inhalt der Anzeigen
kann keine Haftung übernommen.

Nr. 6.

Neuenbürg, Donnerstag den 9. Januar 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 7. Jan. An die württembergische Bevölkerung richtet die vorläufige württ. Regierung folgenden Aufruf:

Die Regierung hat Kenntnis davon, daß die Vorbereitungen und Durchführung der Wahlen zur Landesversammlung und Nationalversammlung gefördert werden sollen. Wir fordern die wahlberechtigten Bevölkerung auf, sich durch wilde Gerüchte nicht beunruhigen zu lassen und ihr Wahlrecht in vollem Umfang auszuüben. Die provisorische Regierung ist entschlossen, die Errungenschaften der Revolution, zu denen auch das neue Wahlgesetz und die ungenügende Wahlfreiheit gehört, mit aller Entschiedenheit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck hat sie ausreichende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Stuttgart, 8. Jan. Im Schwurgerichtssaal — auch ein Zeichen der Zeit — hat der Garnisonrat gestern nachmittag Oberst Ernst Reinhardt mit großer Mehrheit zum Stadtkommandanten von Stuttgart gewählt. Dieser hat die Wahl angenommen. Sein Vorgänger war Oberst von Ströblin.

Karlsruhe, 7. Jan. Auf dem Rhein zwischen Strößburg und Hünningen verkehren seit einigen Tagen französische Wachtschiffe. Die Besatzung besteht aus zehn Mann, die Bewaffnung aus einer Kanone und zehn Maschinengewehren. Zehn Schiffe sollen auf der genannten Strecke die Bewachung durchzuführen. Diese Bewachung soll später bis zur holländischen Grenze Platz greifen.

Heidelberg, 7. Jan. 76 Heidelberger Professoren und Dozenten haben laut „Heidelb. Tagbl.“ der babilischen Volksregierung eine Kundgebung zugesagt, in der sie verlangen, die Volksregierung möchte sich bei der derzeitigen Reichsregierung dahin verwenden, daß dem planlosen Treiben Einhalt getan werde, einseitig Dokumente angeblicher deutscher Schuld der Öffentlichkeit preiszugeben, daß statt dieser die Beweise für den überragenden Schuldanteil unserer Feinde unausgesetzt öffentlich zur Geltung gebracht werden, und daß der reindeutsche Charakter der von französischer Eroberungsgier angelegten Landesteile mit höchstem Nachdruck der Welt nachgewiesen werde.

Darmstadt, 8. Jan. Der Vollzugsrat der Republik Hessen hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß er auf Grund der letzten Vorgänge in Berlin und besonders hinsichtlich der dazu ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung geschlossen hinter der Regierung Ebert-Scheidemann steht.

Mainz, 7. Jan. Nach der Durchführung der Besetzung des auf dem linken Rheinufer gelegenen hessischen Gebietes hatten die Franzosen den feinerzeit durch den Arbeiter- und Soldaterrat eingeführten Achtstundentag zunächst noch bestehen lassen. Infolge neuerer Entscheidung ist die Beschränkung der Arbeitszeit auf diese Höchstleistung aufgehoben worden.

München, 7. Jan. Nach einer Arbeitslosen-Kundgebung auf der Theresienwiese, wo Berliner Agitatoren Reden gehalten hatten, zogen am Nachmittag 4 bis 6000 Arbeitslose vor das Ministerium für soziale Fürsorge, das sich im Hause des Ministerpräsidenten befindet. Nach längeren Verhandlungen wurden die Forderungen der Arbeitslosen von der Regierung im Wesentlichen bewilligt. Die Menge, der die Verhandlungen im Ministerium zu lange dauerten, stürmte das Ministerium. Es gelang jedoch, die eingedrungenen Personen wieder aus dem Hause zu treiben. Beim Abzug der Demonstranten kam es zu einem Zusammenstoß mit einer in einer Nebengasse bereitgestellten Soldaten-Abteilung, wobei es zu einer regelrechten Schießerei kam. Dabei wurden 5 Personen getötet, darunter ein unbeteiligter Architekt, ferner 7 Personen schwer und 13 leicht verletzt. Gegen 8 Uhr hatte der Zug sich wieder zerstreut. Die Führer kündigten aber für nächsten Freitag eine Kundgebung noch größeren Maßstabes an, wobei die Verteilung von Maschinengewehren und Gewehren in Aussicht gestellt wurde.

Berlin, 7. Jan. Gemäß den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags sind bis zum 2. Jan. 1400 Lokomotiven und 51000 Wagen abgeliefert worden. Von der Entente ist anerkannt, daß wir uns bei der Erfüllung dieser Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die größte Mühe gegeben haben. Die Frage ist damit über das schwierige Stadium hinaus.

Berlin, 7. Jan. Die Vorarbeiten im auswärtigen Amte und im Archiv des Kaisers betr. die Geheimnisse über die Vorgeschichte des Krieges sind jetzt abgeschlossen. Die Veröffentlichung der vorgefundenen Geheimnisse soll erst nach dem Zusammentreten der Nationalversammlung zu erwarten sein.

Braunschweig, 8. Jan. Die gesamte revolutionäre Arbeitererschaft ist gestern nachmittag in einen Sympathiestreit für die Partei Liebknecht eingetreten. Um 3 Uhr versammelten sich die Garnisonkapellen, die Matrosen mit etwa 50 Maschinengewehren, Mitglieder der Braunschweiger Volkswehr, über 10000 Arbeiter und Angehörige anderer Stände zu einem gewaltigen Zuge durch die Stadt. Vor dem ehemaligen Schloß wurden an die Teilnehmer gleichzeitig mehrere Ansprachen von dem Präsidenten der Republik, den Volkskommissaren und den Spartakistenführern gehalten. — Ein Sozialistenführer aus Holland, der auf der Reise durch Deutschland begriffen ist, um die revolutionären Zustände im Deutschen Reich zu lernen, sagte vom Hauptballon des Schlosses herab, daß auch in Holland die Revolution nicht mehr aufzuhalten sei.

Ausland.

Wien, 7. Jan. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ befohl sich ein Werbebüro der englischen Militärmission mit der Anwerbung von deutsch-österreichischen Mannschaften und Offizieren für die Kolonien. Die nur deutschsprechenden Personen sind hauptsächlich für die ehemaligen deutschen Kolonien bestimmt. Diejenigen, die englisch oder eine andere Sprache beherrschen, werden für den Dienst in England oder in den alten englischen Kolonien angeworben. Der Monatsgehalt der Offiziere beträgt 3 bis 4000 Kronen und für die Mannschaften 1000 Kronen.

Genf, 7. Jan. Der Pariser Korrespondent der „Basl. Nachr.“ bemerkt sich, die Gegensätze zwischen Wilson und Clemenceau zu verschleiern, indem er schreibt: Clemenceau übertreibt absichtlich die in Wahrheit mehr scheinbaren als wirklichen Gegensätze, um den maßlosen Hoffnungen entgegenzutreten, die die Wilsonschen Theorien hier und dort hervorgerufen haben. Der Korrespondent weist darauf hin, daß Clemenceau und Lloyd George mindestens ein ebenso großes Gewicht bei den Besprechungen haben werden wie Wilson. Die europäischen Großmächte würden von Wilsons Ideen nur das annehmen, was sie mit ihren Interessen für vereinbar hielten, aber sie würden niemals dulden können, sich auf gefährliche Experimente einzulassen.

Die Redaktion des Blattes bemerkt hierzu, daß sie den Gegensatz zwischen Wilson und Clemenceau nicht nur für scheinbar, sondern für sehr echt halte. Die Rede Wilsons auf dem Monte Citorio in Rom beweise allerdings, daß Wilson seinen Idealen des Völkerbundes treu bleibe und sich weniger zu Clemenceaus System des Gleichgewichts einiger Großmächte bekenne.

Genf, 7. Jan. Wie das Büro Europapress meldet, erklärte Wilson auf einem von der Stadt Turin gegebenen Bankett, daß die Faktoren beim Friedensschluß nicht die Regierungsmitglieder seien, sondern die Völker selbst. Der Pulsschlag der modernen Zeit schlage kräftig in den Bergwerken und Fabriken.

Paris, 7. Jan. Der „Matin“ sagt, daß von Deutschland 122 U-Boote abgeliefert wurden; es müßten noch ungefähr 60 abgeliefert werden. Die letzte Gruppe bestehe aus den aus dem Mittelmeer zurückgekehrten Einheiten.

Petersburg, 7. Jan. Im Sowjet wurden Funkprüche von Liebknecht mitgeteilt, die den baldigen Sieg des Bolschewismus in Deutschland in Aussicht stellen. Es wurde bekannt gegeben, daß auf deutschem Boden 14 russische Sowjetvertreter zur Unterstützung der Bewegung seien.

Aus Stadt, Bezirk und Umgehung.

Neuenbürg, 7. Jan. Landwirtschaftlicher Bezirksverein — (Schluß). In letzterem Vortrag behandelte sodann Verbandsekreter Huber-Stuttgart das Thema: Friedenswirtschaftsaufgaben unserer Landwirtschaft. Er sagte voraus, daß Deutschlands Zukunft recht dunkel verhält vor uns liege. Man hätte damit gerechnet, daß es Jahre schwerer Sorge sein würden, wenn der Krieg vorbei sei, aber man hoffte, daß wir wenigstens Ellenbogenfreiheit besitzen würden. Es sei anders gekommen; Sorgen und Laßen seien uns aufgebürdet, die kaum zu ertragen seien. Auch die deutsche Landwirtschaft hätte in diesem Kriege lämer gelitten. Ihre Leistungen gingen ohne ihr Verschulden zurück. Die Ursachen lagen in den bedrückten Umständen und nicht zuletzt in den bedrücklichen Maßnahmen. Der Krieg sperrte uns den Bezug ausländischer Futtermittel und Rohstoffe, von Schiffsaltpeter und Phosphaten, er nahm der Landwirtschaft Betriebsleiter, Gehilfen und Arbeiter, nur teilweise war es möglich tierische Arbeitskräfte durch maschinelle zu ersetzen, selbst Kohlen und Holz konnten nur in ungenügender Menge den großen Wätern angeliefert werden. Der deutsche Bauer müsse jetzt zum wahren Freund und Helfer des Vaterlandes werden; er müsse mit seiner ganzen Kraft dafür sorgen, daß die Quellen der Volksernährung klar und fließend erhalten werden. Müge die künftigen Leiter der Geschäfte des Vaterlandes nicht vergessen, daß diese heimischen Bodenkraft zu den härtesten und legendarischen Grundbesitzern des Vaterlandes gehören! Der Bauer habe im Kriege getan, was in seinen Kräften stand, Männer und Weiber, Frauen und Kinder hätten Großes geleistet und dafür gelohnt, daß Volk und Herr mit Nahrungsmitteln versehen werden konnte. Die Landwirtschaft habe aber auch von jeder der Verwaltung und der inneren Wirtschaft gelehrt und man könne sagen, die Landwirtschaft ist der deutsche Jungbrunnen für Stadt, Staat und Industrie.

In der Folge behandelte Redner ausgiebig die Frage: Was ist notwendig, um die deutsche Landwirtschaft wieder auf ihre ehemalige Leistungsfähigkeit zu bringen? Eine besondere Rolle spiele dabei die Düngemittelfrage. Die Folgen ungenügender Düngung während der Kriegszeit zeigten sich bald im Rückgang der Ertragsfähigkeit. Dabei ging Redner auf die zwei Hauptgruppen ein, die natürliche und die künstliche Düngung, ausführlich ein, wertvolle Winke und Ratssätze gebend. Wegen der Knappheit der verschiedenen Düngemittel sei hauswirtschaftliche Verwendung angezeigt. Eine gründliche Besprechung wurde der Behandlung des Stallmistes gewidmet und dabei die Vorteile festgetretener und genügend geleuchteter Stalldünger gegenüber dem lockeren trockenen Stalldünger durch vorgenommene Probeversuche dargelegt. Auf eine den natürlichen Verhältnissen angepaßte Bodenbearbeitung sollte ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Ein altes Sprichwort heiße: Wer den Acker pflügt, den pflügt der Acker. Bei der Aussaat solle nur gutes und einwandfreies Saatgut mit einer Reinheit von 99% und einer Keimfähigkeit von 90% Verwendung finden. Zu Experimenten sei die jetzige Zeit nicht geeignet. Der Maschinenbau soll, wo nur irgend angängig, erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden; die Anschaffung von Sämaschinen lasse sich auf gesellschaftlicher Grundlage oder durch örtliche Darlehensanstalten ermöglichen. Die Vorteile der Nutzung des Saatgutes wurden entsprechend beleuchtet. Wenn die erhofften Erfolge nicht in dem Maße eintreten, so lag der Grund meistens in der unrichtigen falschen Vornahme dieser Maßnahmen; die Landwirte sollen genau nach den gegebenen Anweisungen verfahren. Die Pflege der jungen Saaten in Verbindung mit der dringend nötigen Unkraut-Bekämpfung bildete einen weiteren Punkt des Vortrags, womit Hand in Hand gehe eine zweckentsprechende, den örtlichen Bodenverhältnissen angepaßte Fruchtfolge. Dabei Erträge in Brotgetreide und Kartoffeln müssen das Ziel unserer Landwirte sein. In Hülsenfrüchten sollen Kleebohnen, Linen, Erbsen und Vetchen angebaut werden, letztere, um das mangelnde tierische Fett zu ersetzen. Der Anbau von Gelpflanzungen dürfe nicht vernachlässigt werden.

In dieser ersten Zeit müsse für den Landwirt heilige Pflicht sein, alles zu tun, um das Hungergepöhl vom deutschen Volke fernzuhalten. Die neue Regierung habe aber auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Bauer die nötigen Arbeitskräfte und Betriebsstoffe erhalte und daß dem schrankenlosen Preiswucher, zu welchem die einseitige Höchstpreise für bäuerliche Produkte in keinem Verhältnis stehen, das Handwerk gelegt werde. Mit einer Erhöhung des Mindestpreises werden wir, wie die Verhältnisse liegen, kaum rechnen können. Besonders Berücksichtigung erfordere die Milchviehhaltung; wir können wohl ohne Fleisch auskommen, aber nicht ohne Fett. Eine Herabsetzung der Auszahlung dürfe erst in Betracht kommen, wenn wir ausländisches Brotgetreide bekommen. Für möglichst weitere Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und des

gemeinsamen Bezugs- und Absatzwesen müsse Sorge getragen werden. In der Frage der Sozialisierung oder Verstaatlichung der Betriebe sei zu bemerken, daß kein Betrieb so ungeeignet sei, wie gerade der des Landwirts, darüber herrsche überall nur eine Stimme in Fachkreisen. Den maßgebenden Stellen müsse nach den Wahlen nahe gelegt werden, daß allmählich mit dem Abbau der lästigen Zwangsverwaltung begonnen werde. Die neue Zeit bringe die Parole: Arbeiten und nicht verzagen! Überhaupt dies jeder Einzelne, dann werde auch einmal wieder aus deutscher Erde eine neue Kraft wachsen.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für den lehrreichen Vortrag, worauf

Schultheiß Kienle-Gonweiler auf einen Widerspruch in den beiden Vorträgen bezug, der Kartoffel-Erträge hinwies und unter Zustimmung der Versammlung berechtigte Fragen über die Unverwendbarkeit verschiedener Kom-munalesbesand gelieferter Futtermittel vorbringt. Die Landwirte hätten damit zweifelslos ihr Geld gewissenlosen Kriegswidernern in die Tasche gejagt ohne einen Nutzen davon zu haben.

Verbandssekretär Haber gibt entsprechende Aufklärung; auch der Vorsitzende nimmt dazu Stellung und weist auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Futtermitteln und die überkommene Abnahme-Verpflichtungen hin. Trotz dessen Willens, den Landwirten zu dienen, lassen sich leider die geschädigten Wirtschaften nicht vermeiden.

U. Weich-Ottenthaler stellt fest, daß er stets bemüht war, das Kartoffel-Ergebnis herunterzubringen, um möglichst viel von der Kartoffelverlosungsgelds hereinzubekommen, in demselben Sinn äußert sich Kunstmalerbesitzer Schnepl bezugl. der Schätzung des Ertrags der Getreide.

Ratglied König-Neuenbürg, nur schwer vernehmbar, ersucht um vermehrte Zuzahlung von Körnerfuttermitteln zur Ziegenhaltung im Interesse der Milchgewinnung, worauf

der Vorsitzende dies bei der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mengen als unmöglich bezeichnet, da nicht einmal die Pferdebesitzer genügend versorgt werden können und nach den vorgeschriebenen Anordnungen verfahren werden müsse. Der Kommuna-Verband sehe auf dem Standpunkt, wenn man schon leiden muß, dann alle miteinander.

Den Schluß der Versammlung bildete eine Grotto-Potestie, die manchem einen nützlichen Gegenstand bescherte.

Neuenbürg, 8. Jan. Ueber die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Krieg, zur Revolution und zur Landesversammlung sprach am Abend des Erscheinungstages im Saalhof 3. Keller das Mitglied der provisorischen Regierung in Stuttgart und Minister des Innern, Arthur Crispian. Den wohlbesetzten Auditorium füllten Frauen und Männer aller Parteien und Stände, die, sofern sie gekommen waren, um einen gewandten Redner zu hören, voll auf ihre Rechnung fanden, jene dagegen, die vielmehr in der Hoffnung erschienen, einen Abend nach großstädtischen Vorgängen zu erleben — zu ihrer Ehre wollen wir annehmen, daß es deren nur wenige waren — sahen sich in ihren Erwartungen enttäuscht, sowohl Person als Vortragweise des Referenten wie des Diskussionsredners boten dazu keinen Anlaß, beide sprachen von einer höheren Warte aus, wenn auch in besterlicher Schärfe so doch durchaus sachlich je nach dem von ihnen vertretenen Standpunkt. In Herren Crispian lernten wir einen Mann kennen, der — wir schätzen Parteivor-eingenommenheit aus — durch eine bewundernswürdige Vortragweise von vornehmer Befassung seine Zuhörer von Anfang bis zu Ende zu fesseln wußte. Die Versammlung nahm denn auch einen durchaus geordneten Verlauf, ein Verdienst, in das sich sowohl Referent wie Publikum teilen. Der und zur Verfügung stehende knappe Raum läßt allerdings eine ausführliche Berichterstattung nicht zu, wir wollen aber versuchen, das Wesentlichste aus dem Verlauf des Abends herauszugreifen.

In zweifelhändigem Vortrag vertrat sich Redner über obiges Thema. Er führte einleitend aus, daß die Stellungnahme, welche die Unabhängige Sozialdemokratie zu den großen Ereignissen einnehme, welche sich jetzt abspielen, nur dann gewürdigt werden könne, wenn man sich zunächst selbst klar sei über den Ursprung des Krieges und der Revolution und den Aufgaben, welche seine Partei gegenüber der Landesversammlung zu erfüllen habe.

Bekanntlich habe der Krieg, der jetzt zum Abschluß gebracht werden soll, unter der Parole begonnen, es gelte gegen die asiatischen Völker, gegen den Javismus zu kämpfen, weil von dort her die deutsche, die westeuropäische Kultur bedroht sei. Es wurde uns gesagt, wir führten einen Verteidigungskrieg, und deshalb müßte jeder, gleichviel welcher Parteirichtung er angehöre, seine Pflicht und Schuldigkeit erfüllen. Die Unabhängigen damals noch die Einheitssozialdemokratie bildend, hätten schon vor dem Krieg nachgewiesen, daß ein solcher drohe und zwar aus wirtschaftlichen Gründen, eine Folgeerscheinung des Konkurrenzkampfes der Völker. Noch niemals sei eine Presse und ein Volk von den herrschenden Mächten so mißtraut worden wie das deutsche. In zahlreichen Protestversammlungen habe die Sozialdemokratie dem Volke kund getan, daß die verschiedenen Mächte gegen einander rüden und daß das Volk aufgerufen werden müsse, gegen den Krieg und für den Frieden zu arbeiten.

Infolge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kam der Zeitpunkt, wo in den Ländern selbst keine Entwicklungsmöglichkeit mehr vorhanden war; es lehte an Absatzgebieten, Bodenschätzen, Rohstoffen und Anlagemöglichkeiten für das Kapital. So entstand die kapitalistische Kolonialpolitik; der Kapitalismus versuchte, die ganze Erde unter sein Regiment zu bekommen. Auch der deutsche Kapitalismus habe sich im Laufe der Zeit mächtig entwickelt, und in den letzten Jahren vor dem Krieg war die deutsche Industrie der englischen auf verschiedenen Gebieten überlegen. Auch der deutsche Kapitalismus suchte nach Neuland, und so stießen draußen in der Welt die Interessen im Konkurrenzkampf hart aufeinander. Es entstanden Kriese und Katastrophen, und aus solchen habe sich auch dieser große Krieg entwickelt. Drei Konfliktpunkte sind zu nennen, wo die kapitalistischen Interessen auf einander stießen, 1. der Balkan, wo Österreich und Serbien und hinter diesem Rußland sich als Konkurrenten gegenüberstanden, 2. Kleinasien, wo deutsche und englische Interessen aufeinanderstießen und 3. Afrika, dort, wo Deutsch-Ostafrika und Kamerun getrennt sind durch französische und belgische Kolonialgebiete. Diese Interessen-gegenläge und Konkurrenz-kämpfe führten mit der Zeit zu einem Wettstreit auf militärischem Gebiete, jede Macht suchte der anderen den Rang abzulaufen, der Militarismus

gewann immer mehr an Macht und drohte alle Kulturvölker zu erdrücken.

Bei Beantwortung der Schulfrage und dem Anlaß zum Krieg müsse die geschichtliche Wahrheit unter allen Umständen hochgehalten werden. Sie lehre uns, daß dieser Anlaß von Deutschland und Österreich gegeben war. Das Attentat von Sarajewo werde niemand entschuldigen, aber ebenso selbstverständlich sei, daß die Ermordung eines Fürsten, und habe er noch so hoch, kein Anlaß sein dürfe, daß deshalb Millionen von Menschen ihr Leben lassen müssen. Eine Kulturgesellschaft, die nicht im Stande sei, eine Mordtat zu sühnen, ohne daß Millionen Menschenleben geopfert würden, habe keine Daseinsberechtigung. Serbien habe sich bereit erklärt, seine Hauptstadt besetzen zu lassen, England habe ein Schiedsgericht vorgeschlagen, aber Deutschland schickte eine Note nach Wien des Inhalts, wenn Österreich nicht mit den stärksten militärischen Maßnahmen gegen Serbien vorgehe, komme es als Großmacht nicht mehr in Betracht. (Die Berliner amtlichen Darstellungen aus jüngerer Zeit sprechen gegen dieses Vorgehen. Schriftl.) Dazu kam, daß jeder Mann wußte, daß die Kriegserklärung an Serbien Rußland auf den Plan rufen würde und daß mit Rußland auch England und Frankreich in den Krieg gezogen würden. Ferner kam dazu, daß mit der letzten großen deutschen Heeresparade im Jahre 1912 die deutsche Mobilisierung tatsächlich begonnen hatte. (Und die Einkreisungspolitik Königs Eduards, die belgischen Geheimdokumente? Schriftl.) Wir rechnen mit einem Krieg im Jahre 1917, sagte die deutsche Regierung. Die Nordlandreise des Kaisers wie der Anlauf des Kriegeministers und des Oberbefehlshabers im Juli 1914 waren eine Täuschung der Öffentlichkeit. (?) Der Krieg hätte schon früher beendet werden können, wenn die deutschen Kriegsinstrumente unter Führung der deutschen Generale bereit gewesen wären, über den Frieden zu verhandeln. Östern 1915 hand England vor der Frage, neue Armeen aufzustellen. Ende 1916 bis Januar 1917 waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß Amerika die Vermittlung übernehmen würde, da brach der auf solchen Berechnungen ruhende ungeschickte U-Boottkrieg aus. Weitere Friedensmöglichkeiten waren durch den Papst gegeben, Italien wäre bereit gewesen zu verhandeln, ebenso Rußland vor Ausbruch der Revolution, aber die Ankerpolitik der deutschen Kriegsinstrumente und der Widerstand der Mittelmächte ließen dies nicht zu. (Was befragt dagegen der immer wieder zum Ausdruck gekommene Bewußtseinswille der Entente, die endlich gemeinte deutsche Friedensangebote stets abwies, sie als Schwäche bezeichnend? Schriftl.) Im September 1918, als wider alles Erwarten das deutsche Volk immer noch hoffte, daß die Feinde durch eine Offensive niedergeworfen werden, machte Ludendorff die Mitteilung, die Front sei nicht mehr zu halten, es müßte sofort eine Regierung gebildet werden, welche ein Friedensangebot dem Gegner mache. Nach 14 Tagen traten die Generale, auch Ludendorff, wieder auf, sie hätten sich in der Beurteilung der militärischen Lage geirrt, es sei nicht so schlimm mit der Wehrkraft, in den Zeitungen wurde ausgebreitet, wor könnten, selbst wenn wir zurück müßten, noch drei Jahre Krieg führen, bis die Franzosen die deutsche Grenze erreicht hätten. Da trat in Erscheinung, was die Unabhängige Sozialdemokratie schon seit Jahren erklärt hätte: Wir können einen Frieden erst bekommen, wenn die Völker selbst Frieden machen. Die Revolution kam.

Bei pflichtwidriger Nichtablieferung von Heeresgut Durchsuchung und schwere Bestrafung. Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 66.

Das Ausschleiden der Unabhängigen aus der Gesamt-partei sei erfolgt, weil sie grundsätzlich ihrem Programm treu blieben, während die alte Sozialdemokratie den Bürgerlichen eine Konzession nach der anderen machte; sie be-lege nicht das Vertrauen der Arbeiterklasse.

Weglich der Revolution seien die Unabhängigen der Meinung, daß diese erst begonnen habe und durchgeführt werden müsse. Sie werden alles tun, daß die alte Gesellschaftsordnung abgelehrt werde und einer neuen Gesellschafts-ordnung Platz mache. Sie stehen voll und ganz auf dem Boden der Demokratie. Eine Minderheit könne sich niemals gegen eine Mehrheit behaupten, nur eine Mehrheit im Volke könne dauernd regieren. Deshalb wollten sie auch die Arbeiterkassen unterstützen, sie gewinnen, für ihre Ideale einzutreten. Alle Bodenschätze, Rohstoffe, Fabriken, die Betriebe, Maschinen, Grund und Boden sollen Eigentum der menschlichen Gesellschaft werden. Freie Menschen auf freiem Grund und Boden, das seien die Forderungen, für die sie kämpfen und das Volk werde sich in seiner Wehr-heit zu ihnen bekennen.

In der Aussprache führte Justizrat Dr. Seeger u. a. aus, er erkenne ohne weiteres an, daß die Ausführungen des Herrn Ministers in Form und Inhalt einen sachlichen Eindruck machten, damit sei aber noch nicht gegeben, daß sie richtig seien. Alles, was heute geredet und geschrieben werde, gründe sich auf den Parteipunkt des Einzelnen. Eine wirklich unparteiische Darstellung der Dinge müßte, wie die Geschichtsschreibung beweise, denen vorbehalten bleiben, welche nach und kommen und die Dinge nicht vom Parteipunkt aus beurteilen. Verschiedene geschichtliche Wahrheiten seien zwar richtig vorgebracht worden, aber es sei nichts davon gesagt worden, daß es doch Norddeutsche waren, die den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin umbrachten, und daß es auch eine nationale Ehre gebe. Auch sei nicht gesagt worden, was der Suchomlinowprozeß enthülle, daß der Kaiser den Jaren herangebracht habe, die russische Mobilisierung rückgängig zu machen. Die Monarchie war es also, welche sich für den Frieden einsetzte. Das Bild müsse vervollständigt werden. Das Wort von der Verletzung der Rosen treffe mehr für England denn Deutschland zu. Wenn lauter solche gemäßigtere Elemente wie der Herr Minister in der Regierung lägen, wären wir zufriedener, aber wir verlangen, daß wir auch mitregieren dürfen. Das unwürdige Benehmen der

Matrosen und den überall in die Erscheinung getretene Unfug in der Neujahrsnacht unterzog Redner berechtigter Kritik. Die Wehrheit des Volkes habe die Vorgänge, wie sie sich seit Beginn der Revolution abspielten, satt und werbe am Wahltag die Entscheidung treffen. Er richte an den Herrn Minister die Frage, ob die Unabhängigen eine Wehrheit, die nicht nach ihrem Sinn sei, anerkennen. Die Bittererüberbrüderung sei ganz schön, aber zuerst komme doch das eigene Volk, und da sollen sich die vom radikalen Flügel einmal mit uns versöhnen. Wir seien auch nicht entzückt, was die Generale gemacht haben, aber wir sollen uns auf uns selbst besinnen und unsere Streitkräfte begraben, so lange der Feind im Lande ist und unsere Volksgenossen bedrückt und darnach trachten, ihn so bald als möglich aus dem Lande hinauszubringen. Ein Volk wie das französische denke an seine Verschönerung; unsere Radikalen dürfen auch nicht hoffen, daß die gegnerischen Völker revolutionieren. Sorgen wir, daß den Zuständen, wie sie heute in Deutschland herrschen, ein Ende gemacht werde, dazu müße das ganze Volk einig sein; wir bekommen den Frieden nicht, wenn wir uns selber töd-schlehen.

War das, was der Referent vortrug, in maßvollem Tone gehalten, so lag die Verwirrung, welche sein Begleit-Justizrat Dr. Seeger entgegenbrachte, jensei davon ab. Sie zeugte von unerschütterlichem Klassenhaß und erschütterte keine günstigen Aussichten für ein gedeihliches Arbeiten mit den radikalen Gruppen.

Im Schlußwort ging der Referent auf verschiedene vom Diskussionsredner vorgebrachte Punkte ein. Es seien keine Parteimeinungen, die über den Ausbruch des Krieges von ihm vorgebracht wurden; der Anlaß sei tatsächlich von Deutschland ausgegangen. (?) Die Ursachen des Krieges liegen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Eine wahre Kultur, eine christliche, wie der Diskussionsredner sagt, müße es fertig bringen, daß internationale Streitigkeiten ohne Blutvergießen beigelegt werden. Jeder, der einen Streit habe, müße die Gerichte anrufen, gleiches gelte auch bei internationalen Konflikten. Wir Unabhängige wollen, daß die Lohnarbeit überhaupt aufhöre, daß die Produktion nicht einzelnen gehöre, sondern daß sie verteilt wird durch eine Organisationsgesellschaft. Jeder müße arbeiten. Die Lebensmittel gehören der Gesellschaft. Die Arbeiter aller Länder können sich eher unter einander verständigen als mit den verschiedenen Klassen des eigenen Volkes. Das Privat-eigentum müsse verstaatlicht werden, und da die bürgerlichen Parteien nicht damit einverstanden sind, muß der Kampf eben ausgefochten werden. Wenn sie eine bürgerliche Landesversammlung bekommen, dann hört der Kampf nicht auf. Sie kämpfen um die Wehrheit, wir auch. Wir sind glücklicher, weil wir die Wehrheit vertreten. (?) Der Tag werde kommen, da die Arbeiterklasse die Herrschaft erlange und dann berechtigt ist, die politische Macht auszuüben. Die Arbeiterklasse müsse sich bemühen, die Rechte der Zukunft zu sein. Friede und Erösung könne nur der Sozialismus bringen, und wenn Sie mit uns gehen wollen, sollen Sie uns als Mitkämpfer willkommen sein. Nach 3 1/2 stündiger Dauer hatte die Veranstaltung ihr Ende erreicht.

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü

Die (S) ung des (E) versorgungs- Den 4.

An d) mit dem Er- umgehend ein Neuenbü



deutung getreten...
Herrn Minister...
Befehl...
Berliner Straßenkämpfe...
Berliner, 8. Jan. Die auf gestern 11 Uhr angeordnete Pressekonferenz konnte nicht stattfinden, da die Spartakusleute das Reichstagsgebäude besetzt hatten. Vor dem Tor des Gebäudes errichteten sie Stände für Maschinengewehre.
Berliner, 8. Jan. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Die Stadtbahnhöfe sind geschlossen.züge verkehren einstweilen nicht mehr.
Berliner, 8. Jan. Um die heutige Mittagsstunde war die Lage in Berlin ziemlich unverändert. Die Schießereien in den Straßen dauern noch fort, die Spartakusgruppe hat zu Nacht noch nichts eingebüßt. Sie hält die Reichsdruckerei, verschiedene Kaserne, die Gebäude der Tageszeitungen, das Schloss und den Marial in ihrer Hand. Auch am Brandenburger Tor haben sich Spartakisten festgesetzt und hier den Verkehr abgeblockt. Seit den Vormittagsstunden ruht jeder Verkehr. Auch die Hoch- und Untergrundbahn haben nunmehr den Betrieb eingestellt.
Berliner, 8. Jan. Heute vormittag 10 Uhr begann der Kampf am Leipzigerplatz und in der Wilhelmstraße

Basel, 8. Jan. „Dava“ zufolge sagt „Echo de Paris“ bezüglich der Uebergabe der Zeppeline gemäß den Waffenstillstandsbedingungen, daß diese durch ihr eigenes Personal nach Frankreich und England geführt werden.

Genf, 8. Januar. Nach der Agence Havas schreibt Clemenceau Blatt „Homme libre“: Der Oberbefehlshaber erhielt den Auftrag der französischen Regierung, im Falle der Bildung einer bolschewistischen Regierung in Deutschland die weiteren Verhandlungen mit der deutschen Waffenstillstandskommission abzubrechen und die Waffenstillstandskommission aus den besetzten Gebieten zu entfernen.

Berliner Straßenkämpfe zwischen Mehrheitssozialisten und Spartakusleuten.

Berliner, 8. Jan. Die auf gestern 11 Uhr angeordnete Pressekonferenz konnte nicht stattfinden, da die Spartakusleute das Reichstagsgebäude besetzt hatten. Vor dem Tor des Gebäudes errichteten sie Stände für Maschinengewehre.

Berliner, 8. Jan. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Die Stadtbahnhöfe sind geschlossen.züge verkehren einstweilen nicht mehr.

Berliner, 8. Jan. Um die heutige Mittagsstunde war die Lage in Berlin ziemlich unverändert. Die Schießereien in den Straßen dauern noch fort, die Spartakusgruppe hat zu Nacht noch nichts eingebüßt. Sie hält die Reichsdruckerei, verschiedene Kaserne, die Gebäude der Tageszeitungen, das Schloss und den Marial in ihrer Hand. Auch am Brandenburger Tor haben sich Spartakisten festgesetzt und hier den Verkehr abgeblockt. Seit den Vormittagsstunden ruht jeder Verkehr. Auch die Hoch- und Untergrundbahn haben nunmehr den Betrieb eingestellt.

Berliner, 8. Jan. Heute vormittag 10 Uhr begann der Kampf am Leipzigerplatz und in der Wilhelmstraße

auf neue. Es wurden Schiffe geworfen. Das Leben auf den Bahnhöfen stockt. Der Schießende Bahnhof wurde von Spartakusleuten besetzt. Das Personal der Straßenbahnen hat die Arbeit eingestellt. Infolgedessen hat der Verkehr auf der Untergrundbahn solche Dimensionen angenommen, daß die Direktion erklärte, den Verkehr einstellen zu müssen. In den Vororten Berlins haben sich bewaffnete Bürgerwehren gebildet.

Berliner, 9. Jan. Regierungstruppen haben gestern die „Nixe Fahne“, das Organ des Spartakusbundes besetzt. Spartakusleute hatten sich auf dem Hofe der Druckerei ihres Parteiblattes hinter Papierballen verbarricadiert, die mit Maschinengewehren besetzt waren. Nach kurzem Kampf konnten die Regierungstruppen das Bollwerk nehmen und die Redaktion besetzen. Ferner wurden die Telefonverbindungen der Spartakusführer abgeschnitten, ebenso auch die Telefonverbindungen Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Berliner, 8. Jan. Die Straßenkämpfe haben gestern nacht ihren nicht mehr zu übersteigenden Höhepunkt erreicht. Von 11 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens ging eine furchtbare Kanonade über Berlin nieder. Kanonen und Maschinengewehre feuerten fast ohne jede Unterbrechung, als ob man mitten in einer Feindschlacht sei. Bis zur Stunde liegen mehrere Mittelwagen über die Berlinspuren und den Verlauf der Kämpfe nicht vor. Doch ist die Regierung immer noch Herrin der Lage. Große Truppenmassen werden immer noch nach Berlin beordert, darunter zahlreiche Kräfte.

Die Ereignisse in Berlin sind auf den Gipfel gelangt und man hat das Gefühl, daß wir unmittelbar vor neuen ungeheuren Ereignissen stehen. Die Spartakusführerschaft hat sich angelehnt. Die Stadt Berlin befindet sich eigentlich heute unter dem Terror von Liebknecht und Rosa Luxemburg. Jede Stunde drängt zur Entscheidung.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und Spartakusleuten einseitig, der Regierung andererseits ergabenlos verlaufen sind, kann nur noch die Nacht entscheiden und es muß angenommen werden, daß die Regierung jetzt Truppen gegen Berlin mobil macht und daß es in wenigen Stunden zu schweren Kämpfen um den Besitz der Reichshauptstadt kommen wird. Tatsächlich sind

heute, wie wir zuverlässig erfahren, in früher Morgenstunde große Truppenmassen, vorzugsweise Artillerie, von außerhalb in Berlin eingerückt und fest entschlossen, der Spartakusführerschaft ein Ende zu machen.

Schwere Straßenkämpfe tobten nachts im Zeitungsviertel zur Betretung der dort von Spartakus besetzten Zeitungen. Auf beiden Seiten wurde erbittert gekämpft. Es kamen hierbei Flammenwerfer zur Anwendung.

Vor das Gebäude des Wolffschen Telegraphenbüros zogen etwa 60 Mann Regierungstruppen. Ein Offizier stellte an die das Gebäude besetzt haltenden Unabhängigen ein Ultimatum von 10 Minuten, das aber nicht wirksam wurde, weil die Regierungstruppen sich weigerten, zu kämpfen. Es wurden einzelne Schüsse abgegeben. Dann trat wieder Ruhe ein. Auch heute sind die Blätter von Ulstein, Scherl und Roffe, sowie auch der „Vorwärts“ nicht erschienen.

Berliner, 8. Jan. Volkshaushälter Scheidemann erklärte heute nacht einem Parteifreunde, die Regierung werde nicht nachgeben und nicht kapitulieren, sie sei entschlossen, den ihr aufgezwungenen Kampf bis zur Entscheidung durchzuführen und sie sei über den Ausgang des Kampfes nicht im Zweifel.

Berliner, 8. Jan. In einer Spartakusversammlung wurde gestern beschlossen, am 10. Januar die Arbeiter auf die Straßen zu schicken und mit allen erdenklichen Mitteln die Nationalversammlung zu hintertreiben.

Berliner, 8. Jan. Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, hat sich die republikanische Soldatenwehr von dem Polizeipräsidenten Eichhorn losgesagt und der Regierung 14 Kompanien mit 3600 Mann zur Verfügung gestellt.

Berliner, 8. Jan. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß sich die Eisenbahnen im Besitz der Regierung befinden. Von den Fernbahnhöfen ist eine Reihe von Zügen abgegangen.

Berliner, 9. Jan. Für die Rückkehr der Spartakusleute ist es bezeichnend, daß an den Kaschlagläulen gestern ein Plakat erschienen konnte, auf dem man fest, wie eine erbitterte Volksmasse Scheidemann anhängt. Darunter stehen die infamischen Worte: Am 10. Januar.

Oberamt Neuenbürg.
Die (Stadt-)Schultheißenämter werden an die Erledigung des Erlasses vom 20. 11. 18 betr. Zahl der Zuckerungsverorgungsberechtigten erinnert.
Den 4. Januar 1919. O.R.A. Gaiser.
An die (Stadt-)Schultheißenämter
mit dem Ersuchen die Hebammtenbücher und Leichenschauregister umgehend einzusenden.
Neuenbürg, 8. Jan. 1918. Der Oberamtsarzt: Dr. H. Harlin, Med.-Rat.

Neuenbürg.
Glücklich aus Rußland zurück, betreibe ich meine
Küferei und Weinhandlung
wie in früherer Weise weiter und bitte die werthe Einwohnerschaft von hier und Umgegend, mich in meinem Unternehmen auch fernerhin gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll!
Ab. Bester, Küfermeister.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Erwerbslosenfürsorge.
Unterstützungsanträge hiesiger Einwohner sind persönlich bei Herrn Kaufmann Martin Luy hier anzubringen. Dasselbst haben sich die Erwerbslosen auch täglich zu melden.
Mit Kostbararbeiten wird in den nächsten Tagen begonnen.
Stadtschultheißenamt:
Knodel, A. B.

Neuenbürg.
Nähmaschinen-Reparaturen
besorgt schnell und billig
W. Fuchslocher, Mechaniker, im Hause h. Bäcker Müller.

Für eine bestirndete kleine Familie in Sindelfingen suche ich ein ordentliches, fleißiges, nicht zu junges
Mädchen,
welches schon in gutem Hause gedient hat.
Frau Mathilde Bester, Wildbad, Villa Carmen.

Lehrlings-Gesuch.
Einen ordentlichen Jungen, der Lust hat, das Flaschnerhandwerk und Installation gründlich zu erlernen, nimmt in die Lehre
Arnold Gräffe,
Flaschnermeister.

Schwarzenberg.
Ein Kind,
14 Wochen trüchtig, hat zu verkaufen
Jakob Schwämmle,
Goldarbeiter.

Schlafzimmer
in verschiedenen Ausführungen, mit prima Friedenstimmungen, Sägen, sowie Einzel-Winkel kaufen Sie gut und billig bei
H. Kaiser,
Florsheim, Oestliche 49.

Gefang- und Gebetbücher
empfiehlt die
C. Wechsche Buchhandlung.

Ein ernstes Wort an die Bauernschaft.

Durch die Revolution am 8. November haben sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ganz Deutschland von Grund aus geändert. Der alte Obrigkeitsstaat, Kaiser und König an der Spitze, ist nicht mehr. Für das gesamte Volk gilt es nunmehr, einen neuen Volksstaat zu errichten, in welchem jeder Teil der Bevölkerung mitzuarbeiten verpflichtet und berufen ist. Nicht die Herrschaft eines Standes soll künftig mehr bestehen, sondern aller Glieder in einträchtigem Zusammenarbeiten; auch die Landwirtschaft muß dabei mitwirken.

Die Rechte des Bauern auf freies Eigentum dürfen nicht angetastet werden. Der linke Flügel der Sozialdemokratie will ohne viel Federlesen alle Eigentumsrechte beseitigen und zwar so rasch wie möglich. Die gemäßigte Sozialdemokratie lehnt dies für den Augenblick zwar ab, es ist aber unbestreitbar, daß das Hauptblatt der Sozialdemokratie der „Vorwärts“ in Berlin am 20. November 1918 in Nr. 320 wörtlich schrieb:

„Der Besitz wird von keiner Seite des Sozialismus Schutz und Schonung zu erwarten haben.“

Wir denken, das genügt! Von der äußersten linken Sozialdemokratie verlangte deren Genosse Thalheimer in No. 20 der Roten Fahne in Berlin, die Revolutionierung des Landes, daß nicht bloß für Fabriken, sondern auch für Acker und Wälder auf den Bauerngütern der Achtstundentag gewaltfam eingeführt werden müsse! Dies ist aber bei der Art der Arbeit auf den Bauernhöfen absolut unmöglich. Die Einführung des Achtstundentags bei den Bauern müßte deren baldigen Ruin vollständig herbeiführen. Die Rentabilität der Landwirtschaft wäre gänzlich vernichtet, der Wert von Grund und Boden, von Acker und Wiesen müßte um mehr als die Hälfte im Werte sinken. Statt, was uns so nothut, die heimische Produktion zu vergrößern, müßten Heu und Viehdung auf den Feldern verfaulen, die Ernte teilweise lahmgelagert und das Vieh ohne Speise und Trank bleiben. Wer also will, daß sein Eigentum erhalten und seine Existenz nicht vernichtet wird, der muß mit Frau, Söhnen und Töchtern, sowie Diensthofen am 12. Januar wählen und zwar ist jedes berechtigt, das über 20 Jahre alt ist. Die Deutsche demokratische Partei will Ruhe, Ordnung und Freiheit für jedermann, sie wird alle Versuche, den höchst gefährlichen Plan, den Achtstundentag auch bei der Landwirtschaft Ansat und Fall durchzuführen, mit äußerster Anstrengung bekämpfen. Die Württembergische Bürgerpartei kann nicht unter Vertrauen haben, weil sie während des Krieges durch Männer, die jetzt an ihrer Spitze stehen, unerlöste Eroberungsziele verfolgte, wodurch wir in der heutigen Not und Trübsal uns befinden. Die adeligen Großgrundbesitzer in Preußen sind ihre Führer, die Weltmachtgelüste hegten und uns dadurch mit Amerika und England entweiten. Sie waren es auch, welche aus Liebedienerei und um Stellungen, Ehren und Ordentitel zu erschauern, das unselbige persönliche Regiment des Kaisers unterstützten.

Noch nie war eine Wahl in Deutschland so wichtig, wie die diesmalige. Wer nicht wählt, ist schuld, wenn das Vaterland und damit das ganze deutsche Volk für immer rettungslos zu Grunde geht. Auch die Rechte der Kirche und Schule für ungehinderte religiöse Ausübung und Erziehung wird von der deutschen demokratischen Partei garantiert, denn sonst würden nicht Männer, wie Stadtpfarrer Henwein, Stadtpfarrer Lamparter und Regierungsdirektor Hieber in ihren Reihen mitkämpfen. — Der Verlauf der bisherigen großen Versammlungen in Stadt und Land, beweist unweidlich, daß die Mehrheit der nichtsozialistischen Stimmen auf die Deutsche demokratische Partei entfallen wird. Die sogenannte Bürgerpartei wird daher nur eine kleine Anzahl von Sitzen in der neuen Kammer erhalten und ihr Einfluß somit auf fast Null herabsinken. Die Rechte und Interessen der Bauern können aber nur von einer Mehrheit wahrgenommen werden und somit ist es daher ein Gebot der Pflicht für jeden Bauern, nicht die Bürgerpartei, sondern die Deutsche demokratische Partei zu unterstützen. Bleibe daher keines von der Wahlurne fern und gebe nur den Stimmzettel ab mit der Aufschrift: Deutsche demokratische Partei.

Abrecht, der sich...
Schloße in Wis...
Oberamtsstadt Neuenbürg...
Telegramme.
Dienstag sind die...
die „Germania“...
er Meldung der...
an Krankheit

Bekanntmachung.

Beleidigungsstücke können infolge Erschöpfung der Vorräte vorläufig nicht mehr ausgegeben werden.
Calw, den 8. Januar 1919.

Bezirkskommando.

Oberamt Neuenbürg.

Brotzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter.

Nach der im Entzähler Nr. 281 von 1918 bekannt gegebenen Anordnung der Reichsgetreidestelle hat die der versorgungsberechtigten Bevölkerung allgemein gewährte Erhöhung der Mehlration auf die Schwerarbeiterzulage in Anrechnung zu kommen.

Da nun auch für Januar nur Zulagemarken zu 375 Gramm zur Verfügung stehen, die sich mit der Zulage-Ration nicht genau decken, so werden die Karten-Abgabestellen angewiesen, für Januar folgende Zulagemarken zu gewähren:

- a) an Schwerarbeiter
3 Zulagemarken zu 375 Gramm Mehl = 500 Gr. Brot
- b) an Schwerstarbeiter
9 Zulagemarken zu 375 Gramm Mehl = 500 Gr. Brot.

Sollte für die erste Januar-Hälfte ein anderer Maßstab angelegt worden sein, so hat ein Ausgleich für die zweite Januar-Hälfte stattzufinden.

Den 7. Januar 1919. D.M.A. Gaifer.

Stangenversteigerung.

Die Gemeinde Langensteinbach versteigert am Montag, den 13. Januar 1919

im Gemeindeveld gegen Barzahlung folgende Stangen:
275 Faustangen I. Kl., 900 II. Klasse,
80 Hagsteden,
790 Hopfenstangen I. Kl., 555 II. Kl., 375 III., 360 IV. Kl.,
155 Rebsteden I. Klasse, 575 II. Klasse und
1750 Bohnensteden.

Die Zusammenkunft findet vormittags 9 Uhr bei der Sägmühle hier statt.

Das Bürgermeisteramt:
Schöpfle.

Birkenfeld, den 8. Januar 1919.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer geliebten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Nane Rockenbauch,
geb. Ruoff,

von allen Seiten erfahren durften, für die Teilnahme während ihres Krankenlagers, die vielen Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

G. Rockenbauch mit Kindern.

Verloren

Für den Winterbedarf frisch eingetroffen:

**Zwiebeln,
Kopf-Kohlräbte,
Rote Rüben,
Meerrettich,
sowie
Neues Sauerkraut
und eingemachte
Rote Rüben
(tafelfertig).**

Pfannkuch & Co.
Neuenbürg :: Tel. 70.

ging am 7. Januar auf dem Wege vom Güterbahnhof bis zur Engelsbrander Haltestelle ein dunkler Pelz.

Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle des Entzählers.

Neuenbürg.

Zu verkaufen einen noch neuen **Kleiderkasten.**

Karl Bischoff, Zimmergesch.,
Telefon 13.

Für kinderlosen, besseren Haushalt wird für sofort oder später ein junges **Mädchen** (16-17 Jahre alt) gesucht. Gelegenheit zu gründlicher Ausbildung geboten. Gute Behandlung zugesichert.

Frau J. Schwesenz, Wörzheim,
Leopoldstraße 14, l. links.

Ein kräftiges, eheliches **Mädchen,**

nicht unter 17 Jahren, das womöglich schon gedient hat, wird zu baldigem Eintritt gesucht.

Frau Aldinger z. Dirsch,
Schwann.

Deutsche Demokratische Partei.

Frauen-Versammlung

in Neuenbürg am Freitag, den 10. Januar, abends 7 Uhr
im „Sonnenjaal“.

Rednerin: Fr. Eugenie Willig, Stuttgart.

Deutsche Demokratische Partei.

Öffentliche Wahl-Versammlungen für Männer und Frauen

in Ottenhausen, am Freitag, 10. Januar, im „Adler“, um 3 Uhr,

Feldrennach, am Freitag, 10. Januar, im „Adler“, um 5 Uhr,

Höfen, am Freitag, 10. Januar, in der „Krone“, um 7^{1/2} Uhr,

Redner: Parteisekretär Hopf, Stuttgart,

Birkenfeld, am Freitag, 10. Jan., in „Schöne Aussicht“, um 7 Uhr,

Redner: Oberamtspfleger Kübler, Neuenbürg.

Wie wir wählen, so werden wir regiert!

Sozialdemokraten, Demokraten und die Zentrumspartei bildeten im Land- und Reichstag in den letzten Jahren immer wieder die Mehrheit und hatten solch großen Einfluss, daß aus ihren Reihen Reichskanzler, Vizekanzler und zahlreiche Staatssekretäre oder Minister genommen wurden.

Bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Fragen, wie Höchstpreise, Milderung der Zwangsvorschriften usw. nahmen die Mehrheitsparteien, die Demokratie, die Sozialdemokratie und das Zentrum oft in schroffer Weise Stellung gegen die Anträge des Bauernbundes, die vielfach rücksichtslos niedergestimmt wurden.

Jetzt will man davon nichts mehr wissen und lockt den Landmann und die Landfrauen durch allerlei Redensarten und unwahre Behauptungen in ein falsches Lager.

Kein verständiger Wähler auf dem Lande wird demokratisch wählen.

Bauern und Landfrauen! Wähler des Mittelstandes!
gebt einen der Wahlzettel des

Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes

ab und werbet für eine gute Vertretung eurer Interessen
in der Landes- und Nationalversammlung.

Neusäß, den 5. Januar 1919.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schmerzlich betroffenen Verluste unserer lieben, unvergesslichen Tochter und Schwester

Emma Greul,

für den schönen Gesang der Schüler unter Leitung des Herrn Oberlehrers Hochstetter, für die überaus vielen Kranzspenden, sowie allen denen, die sie zur letzten Ruhe begleiteten, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bettnäffen

hellt bei Jung u. Alt Voglsamer's bewährt. Blasenentzündung, von Anstalten u. Ärzten erprobt, zahlr. Dankschreiben. Prosp. grat. geg. Rückporto.

Mich. Voglsamer,
gepr. Krankenpfleger und
Heilgehilfe,
München, Hopfenstr. 3/1.

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Flugblatt der Württ. Bürgerpartei bei, das wir der Beachtung der Wählerschaft empfehlen.